



Index	Last	Change (net/%)		Prev.	Index	Last	Change (net/%)		Prev.
DAX	12096,4	-72,65	-0,60	12169,05	DJ 30	26089,61	-17,16	-0,07	26106,77
MDAX	25258,7	-208,90	-0,82	25467,6	NASDAQ Cp	7479,111	-31,57	-0,42	7510,684
TEC DAX	2805,13	-46,38	-1,63	2851,51	Nikkei 225*	21135,87	18,98	0,09	21116,89
EuroStoxx50	3379,19	-11,31	-0,33	3390,5	Hang Seng*	27298,33	179,98	0,66	27118,35
Bund Future	171,59	-0,19	-0,11	171,78	Euro/US \$	1,1218	0,00	0,09	1,1208
Gold in \$*	1341,76	-0,09	-0,01	1341,85	Öl (Brent) \$*	62,13	0,12	0,19	62,01

*Daten von circa 06:00

Vorbörsliche Indikationen (07:00)				
DAX Indikation	12.113	+17	S&P Future	2.903,20 +8,40
			NASDAQ Future	7.508,75 +30,50

Aktie	Parität in €	Change %		Schlusskurs Xetra in €	Schlusskurs NYSE in \$	Volumen NYSE
SAP AG	113,80	0,26	0,22%	113,54	127,65	426.575
Nokia OJ	4,41	0,00	0,06%	4,41	4,95	17.647.519

Unternehmenstermine (u.a.)						
Unternehmen	Ric	Anlass	Zeit	Gewinn/Verl. ¹	Umsatz ¹	EPS ¹
Europ. Unternehmen (Prognosen in Klammer) ²	Hennes & Mauritz (08:00 Uhr; Umsatz Q2: 57,128 Mrd SEK net sales (excl. VAT), +5,5% sales growth)					

¹Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; ² Reuters: Umfrage; ³ gemäß Unternehmensangabe; ⁴ Reuters/Multex; ⁵ sonstige

Konjunkturtermine (u.a.)				
Land	Indikator	Monat	Uhrzeit	Schätzung
EWU	Arbeitskosten (y/y)	Q1	11:00	n/a (2,3%)
USA	Empire State Index	Juni	14:30	11,0 (17,8)
USA	NAHB Wohnungsmarkindex	Juni	16:00	67 (66)

¹ Consensus Schätzungen; Source: vwd/Bloomberg, wenn nicht andere angegeben ist; ² CBS MarketWatch; ³ Börsenzeitung; ⁴ Handelsblatt; ⁵ FT; ⁶ Barron's

Wall Street Schlussbericht				
Volumen NYSE:		0,76 (0,74)	Volumen NASDAQ:	1,77 (1,80)
10-jährige Bonds:	+ 2/32	y 2,08 %	30-jährige Bonds:	+ 10/32 y 2,59 %

Ein **pessimistischer Ausblick** der Chipfirma **Broadcom** und **enttäuschende chinesische Konjunkturdaten** haben US-Anlegern den Wochenausklang verleidet.

Broadcom strich wegen des Zollstreits zwischen den USA und China seine Gesamtjahresziele zusammen. Das sei kein gutes Omen für den Welthandel, sagte Christophe Barraud, Chef-Anlagestrategie beim Brokerhaus Market Securities. Die Aktien von Broadcom brachen an der Wall Street um 5,6 Prozent ein. Auch Chipfirmen wie **AMD**, **Intel** und **Micron** verloren bis zu 3,2 Prozent. In China wuchs die Produktion so wenig wie zuletzt vor 17 Jahren. Auch das dämpfte die Laune in New York.

Im späten Handel rückten die Aktien von **T-Mobile USA** und **Sprint** in den Fokus. Einem Zeitungsbericht zufolge wird eine Zustimmung auch des US-Justizministeriums zu der geplanten Milliarden-Fusion wahrscheinlicher. T-Mobile-Titel schlossen um 0,6 Prozent höher, Sprint-Aktien um 2,9 Prozent.



US Unternehmen

Führende **US-Chipkonzerne** drängen die Regierung in Washington Insidern zufolge zu einer Lockerung des Verbots von Geschäften mit dem chinesischen Netzwerkbauer und Smartphone-Hersteller **Huawei**. Spitzenmanager von **Intel** und des Rivalen **Xilinx** hätten dazu Ende Mai hinter den Kulissen Gespräche im Handelsministerium geführt. Auch **Qualcomm** habe sich deswegen an das Ministerium gewendet, sagten mit dem Vorgang vertraute Personen. Die Unternehmen argumentierten, dass Huawei-Produkte wie Smartphones und Computerserver gängige Teile verwendeten und es wahrscheinlich dabei nicht die gleichen Sicherheitsbedenken gebe wie bei der Ausrüstung für das neue 5G-Mobilfunknetz. "Es geht hier nicht darum, Huawei zu helfen. Es geht darum, Schaden für amerikanische Unternehmen abzuwenden", sagte ein Insider (Reuters).

Marktmeldungen

EZB-Ratsmitglied Ewald Nowotny spricht sich für ein **flexibleres Inflationsziel** der **Europäischen Zentralbank** (EZB) aus. "Ich persönlich glaube, dass es vernünftig wäre, etwas mehr Flexibilität zu haben, wie es etwa die israelische oder die tschechische Notenbank gemacht haben", sagte der österreichische Notenbankchef dem *"Handelsblatt"* in einem am Sonntag online veröffentlichten Interview. Er sei dafür, das Zwei-Prozent-Ziel zu erhalten, "aber mit einem Korridor von 0,5 oder einem Prozent auf oder ab". Die US-Notenbank (Fed) überprüfe derzeit ihre geldpolitische Strategie. "Die Fed hat das eingeleitet und die EZB ist auch dabei so etwas vorzubereiten", sagte Nowotny. Angesichts des Führungswechsels bei der EZB in diesem Jahr sei es eine natürliche Sache, dass es zu strategischen Überlegungen kommen müsse. Die Amtszeit von EZB-Präsident Mario Draghi läuft Ende Oktober aus.

Die **EZB** sieht sich nach den Worten ihres Vizepräsidenten Luis de Guindos bislang nicht unter Druck, der **Konjunktur** mit weiteren Schritten auf die Sprünge zu helfen. Erst wenn die längerfristigen Inflationserwartungen an den Finanzmärkten aus dem Ruder liefen und nicht mehr mit den Zielen der Europäischen Zentralbank im Einklang stünden, müsse man über mehr Impulse nachdenken, sagte de Guindos der italienischen Zeitung *"Corriere della Sera"* in einem am Samstag veröffentlichten Interview. "Das ist noch nicht geschehen, trotz der Tatsache, dass die marktbasierenden Inflationserwartungen gesunken sind." (Reuters).

Die große Koalition will noch vor der Sommerpause die **Reform der Grundsteuer** im Bundestag debattieren lassen. "Die Koalition hat Einigkeit in allen substanziellen Fragen für die zukünftige Erhebung der Grundsteuer erzielt", heißt es in einer gemeinsamen Erklärung nach einem Treffen der Koalitionsspitzen von CDU, CSU und SPD, die in der Nacht auf Montag veröffentlicht wurde. "Die Koalition strebt dabei an, dass noch vor der parlamentarischen Sommerpause eine erste Lesung in Deutschen Bundestag stattfindet und das Gesetzespaket zur Grundsteuer rechtzeitig verabschiedet wird, damit es noch in diesem Jahr in Kraft tritt." Die Grundsteuerreform muss bis Ende des Jahres beschlossen werden, damit es bei den Kommunen nicht zu Einnahmeausfällen von 14,8 Milliarden Euro pro Jahr ab Januar 2020 kommt (Reuters).

China demonstriert Durchhaltebereitschaft im **Handelskonflikt** mit den **USA**. "China wird keine Angst vor Drohungen oder Druck der Vereinigten Staaten haben, die die wirtschaftlichen und handelspolitischen Spannungen noch verschärfen könnten", heißt es in dem am Sonntag veröffentlichten Leitartikel der Zeitschrift *"Qiushi"* der Kommunistischen Partei. Die Volksrepublik habe keine andere Wahl, als den Kampf bis zum Ende auszufechten. "Keine Macht sollte den eisernen Willen des chinesischen Volkes und seine Stärke und Hartnäckigkeit, einen Krieg zu führen, unterschätzen und herabsetzen." Die Volksrepublik müsse Investitionen und Forschung in Schlüsselbereichen der wichtigsten Technologien erhöhen sowie mehr hochkarätige Talente zusammenbringen (Reuters).

Im **Handelsstreit** mit den **USA** holt **Indien** zum Gegenschlag aus. Das asiatische Schwellenland hebt die Zölle auf 28 US-Produkte wie Mandeln, Walnüsse und Äpfel an, wie aus einer Mitteilung der Regierung vom Samstag hervorgeht. Die Abgaben sollen ab Sonntag gelten. Seit 5. Juni sind Indien die bislang geltenden Sondervergünstigungen im Handel mit den USA durch Präsident Donald Trump gestrichen worden. Dem Land gehen damit Vergünstigungen für einen zollfreien Export von Produkten im Wert von 5,6 Milliarden Dollar in die Vereinigten Staaten verloren (Reuters).

Saudi-Arabien bereitet Insidern zufolge die erste Emission von **Anleihen in Euro** vor. Die beiden Großbanken **Goldman Sachs** und **Societe Generale** seien damit beauftragt worden, in den kommenden Tagen bei



Investoren vorzufühlen, sagten mit der Angelegenheit vertraute Personen am Sonntag der Nachrichtenagentur *Reuters*. Dazu seien Treffen mit möglichen Anlegern vorbereitet worden, die am Montag in London beginnen, unter anderem in Frankfurt fortgesetzt werden und am 25. Juni in München enden sollen.

Der **Iran** will einem Medienbericht zufolge weitere Schritte bekanntgeben, mit dem einige **Verpflichtungen aus dem internationalen Atomabkommen** zurückgenommen werden sollen. Die Iranische Energieorganisation werde am Montag bei der Atomanlage Arak die entsprechenden Vorbereitungen darlegen, die getroffen worden seien, meldete die halbstaatliche Nachrichtenagentur *Tasnim* am Sonntag ohne Angaben von Quellen. Dabei gehe es um eine Ausweitung des Bestands an angereichertem Uran und die Produktion von Schwerwasser in Arak (*Reuters*).

Nach dem **massiven Stromausfall** in weiten **Teilen Südamerikas** hat sich die Lage wieder allmählich normalisiert. Seit Sonntagabend hätten etwa 90 Prozent der Haushalte in Argentinien und fast ganz Uruguay und Paraguay nach mehreren Stunden wieder Strom, wie die Behörden in den drei benachbarten Ländern mitteilten. Die Ursache für den "beispiellosen" Blackout sei noch unklar, sagte Argentiniens Präsident Mauricio Macri. Energieminister Gustavo Lopetegui sprach von einem Fehler im Verbundsystem des nationalen Stromnetzes, der häufiger auftrete, diesmal aber zu einer Kettenreaktion und einem Totalausfall in ganz Argentinien und weiten Teilen Uruguays und Paraguays geführt habe. Mehr als 40 Millionen Menschen waren deswegen seit sieben Uhr morgens stundenlang ohne Strom (*Reuters*).

Automobiles & Parts

Nissan signalisiert Entgegenkommen im Streit mit Bündnispartner **Renault**. Eine mit der Angelegenheit vertraute Person sagte, der japanische Konzern erwäge, den Franzosen mehrere Sitze in wichtigen Aufsichtsgremien zu überlassen. Ein anderer Insider sagte, beide Unternehmen seien weiter in Verhandlungen und müssten sich aufeinander zu bewegen. Hauptaktionär Renault, der mehr als 43 Prozent an Nissan hält, hat den Partner unter Druck gesetzt. Der französische Autobauer deutete an, Nissans geplante neue Führungsstruktur auf der Hauptversammlung am 25. Juni zu blockieren, sollte Renault nicht mehr Mitsprache bekommen. Nissan hatte verärgert auf den Vorstoß reagiert (*Reuters*).

Banks

In der Affäre um den flapsigen Kommentar eines **UBS**-Ökonomen reißt die Kritik aus China nicht ab. Dort wurde auch nach der Beurlaubung des Mitarbeiters durch die Schweizer Großbank der Ruf nach Konsequenzen laut. Die Zeitung *"People's Daily"*, Organ der regierenden Kommunistischen Partei, veröffentlichte am Samstag einen scharf formulierten Kommentar. Darin wird dem Fall des Chefökonom der UBS-Vermögensverwaltungssparte, Paul Donovan, eine wegweisende Bedeutung zugeschrieben. "Ob Donovan entlassen wurde oder nicht, ist weiter unbekannt. Doch diejenigen, die das chinesische Volk beleidigen, müssen dafür zahlen", verlangen die Kommentatoren.

Industrial Goods & Services

Fast sieben Wochen nach der Trennung von Vorstandschef Klaus Deller ist **Knorr-Bremse** weiter auf der Suche nach einem Nachfolger. "Wir sind weit fortgeschritten in der Suche, aber Qualität geht vor Schnelligkeit", sagte Aufsichtsratschef Klaus Mangold der *"Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung"*.

Der Bremsenkonzern **Knorr-Bremse** hält Ausschau nach zusätzlichen Übernahmezielen. "Wir planen weiter interessante Übernahmen und Beteiligungen, vor allem im Bereich Verknüpfung von Bremse und Lenkung als Basis für automatisiertes Fahren", sagte Finanzvorstand Ralph Heuwing der Wirtschaftszeitung *"Euro am Sonntag"*. Mittelfristig solle der Umsatz um jährlich durchschnittlich 4,5 bis 5,5 Prozent steigen.

Oil & Gas

Die **Opec** dürfte nach Worten von Saudi-Arabiens Energieminister Chalid al-Falih Anfang kommenden Monats in Wien über ihre **Fördermengen** beraten. Dies werde wahrscheinlich in der ersten Juli-Woche der Fall sein, sagte er am Rande des Treffens der Energie- und Umweltminister der 20 größten Industrie- und Schwellenländer (G20) im japanischen Karuizawa. Nach bisheriger Planung waren die Opec-Beratungen bereits für den 25. Juni angesetzt (*Reuters*).



Telecommunications

Firmenchef Ralph Dommermuth hat Gedankenspiele zurückgewiesen, **United Internet** könnte mit **Telefonica Deutschland** zusammengehen. "Da ist nichts dran", sagte er der *"Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung"*. Dommermuth reagierte damit auf den Hinweis, dass es Spekulationen über einen Zusammenschluss der beiden Unternehmen gebe.

Travel & Leisure

Der europäische Flugzeugbauer **Airbus** prüft der Agentur *Bloomberg* zufolge, ob er bei seiner auf Standorte in mehreren Ländern verteilten Flugzeugproduktion die Strukturen vereinfachen und Kosten sparen kann. Damit sei Michael Schöllhorn beauftragt worden, der neue Chef der Konzernsparte Airbus Commercial Aircraft.

Die **Lufthansa** senkt wegen des Preiskampfes im europäischen Flugverkehr ihre Jahresprognose. Die Fluggesellschaft erwarte 2019 nun nur noch eine bereinigte Ebit-Marge von 5,5 bis 6,5 (vorher: 6,5 bis 8,0) Prozent, wie das Unternehmen am Sonntagabend mitteilte. Dies entspricht einem bereinigten Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) zwischen 2,0 und 2,4 Milliarden Euro anstatt den bislang angepeilten 2,4 bis 3,0 Milliarden Euro. Die Erträge im Europaverkehr, insbesondere in den Heimmärkten Deutschland und Österreich, seien durch anhaltende Überkapazitäten auf den Kurzstrecken unter Druck, teilte die Airline mit. Aggressiv in den Markt drängende Wettbewerber seien zudem bereit, erhebliche Verluste hinzunehmen, um ihre Marktanteile auszubauen. Der Ausblick berücksichtige zudem einen Anstieg der Treibstoffkosten. Sie dürften trotz eines jüngsten Rückgangs des Ölpreises um voraussichtlich 550 Millionen Euro über dem Vorjahr liegen.

In seinem Finanzbericht für das erste Halbjahr 2019 wird der Konzern auch eine Rückstellung für steuerliche Risiken in Höhe von 340 Millionen Euro bilden. Die Rückstellung betrifft eine offene Steuerangelegenheit in Deutschland aus den Jahren 2001 bis 2005 (Reuters).



Kontakte Steubing AG

Morning News:

Alexander Dietzer
+49 (0) 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung:

Holger Gerwalt Michael Heidn
+49 (0) 69 29716 176 +49 (0) 69 29716 131
Wolfgang Schroth
+49 (0) 69 29716 144

Steubing AG
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
Tel.: +49 (0) 69 29716 0
Fax: +49 (0) 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Haftungsausschluss:

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Steubing AG erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

©Steubing AG/Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
53117 Bonn
Deutschland

und

Marie-Curie-Str. 24-28
60439 Frankfurt
Deutschland